

Vorbildliche Veranstaltungen einfach gemacht

Herbstfeste, Openairs, Sportveranstaltungen und Strassenfeste – sie bringen viel Freude, aber Events haben auch ihre Kehrseite. Wo Menschenmassen zusammenkommen, entstehen Abfälle, Lärm und zusätzlicher Verkehr. Es geht aber auch anders. Immer mehr Veranstalter, Städte und Gemeinden setzen auf saubere Veranstaltungen.

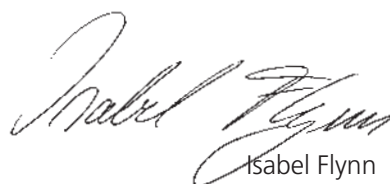
Drei Beiträge in dieser Ausgabe zeigen, wie es geht. Der Beitrag «Musik im Freien und Ruhe bei den Nachbarn» (Seite 15) widmet sich dem Veranstaltungslärm. «In sieben Schritten zur Festkultur ohne Abfallberge» (Seite 27) führt systematisch zur «sauberen Veranstaltung». Ein Kernelement dabei ist die Verwendung von Mehrweggeschirr. Und der Beitrag «Vorbildliche Veranstaltungen» (Seite 31) erläutert, was es in den Bereichen Verkehr, Infrastruktur und Bodenschutz zu beachten gilt, und gibt konkrete Tipps zum Vorgehen.

Wie das Interview mit Martin Gruber, Leiter Abfallvermeidung Kanton Basel-Stadt, zeigt (Seite 30), nimmt auch das Publikum Massnahmen wie Mehrweggeschirr oder Depots gut an. Sie müssen nur gut kommuniziert werden. Der Nebeneffekt: Vorbildliche Veranstaltungen haben auch Vorbildcharakter für das Verhalten in der privaten Freizeit.

Auch im Energiebereich übernehmen viele Zürcher Gemeinden Vorbildfunktion. Zahlreiche Gemeinden haben bereits Pilotversuche mit LED-Strassenleuchten durchgeführt. Wo aber macht der Einsatz dieser Leuchtmittel Sinn, wie viel Energie kann man mit ihnen überhaupt sparen, und wie sieht es auf Kantonsstrassen aus mit LED? Der Beitrag «LED-Strassenlampen – eine Erfolgsgeschichte?» (Seite 5) zeigt Vor- und Nachteile sowie optimale Einsatzorte von LED auf. Der folgende Beitrag «Auch ohne LED-Leuchten auf dem neusten Stand» legt dar, warum das Tiefbauamt die Kantonsstrassen erst mittelfristig umrüsten möchte (Seite 9).

Und noch eine Bemerkung in eigener Sache: Sie stossen in der ZUP immer wieder auf Webadressen mit dem Kürzel: tinyurl. Diese Adresse bringt Sie über eine externe Website direkt an Ihr Ziel im grossen World Wide Web, ohne dass Sie eine komplizierte Adresse von Hand abtippen müssen. Statt www.laermzh.ch/la_website_iframes/08_schallundlaser/berechnungswerkzeug_filterdiff.html geben Sie also einfach ein: <http://tinyurl.com/berechnungswerkzeug>.

Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Herbst.



Isabel Flynn

Isabel Flynn
Redaktorin «Zürcher UmweltPraxis»
Koordinationsstelle für Umweltschutz
Generalsekretariat Baudirektion
Postfach, 8090 Zürich
Telefon 043 259 24 18
isabel.flynn@bd.zh.ch
www.umweltschutz.zh.ch

Editorial



Waldverordnung: Flexiblerer Rodungersatz und statische Waldgrenze in Anhörung

Die Waldverordnung muss aufgrund der im März 2012 vom Parlament beschlossenen Änderung des Waldgesetzes angepasst werden. Künftig soll der Ersatz bei Rodungen flexibler werden. Zudem sollen die Kantone statische Waldgrenzen festlegen können in Gebieten, in denen sie eine Zunahme der Waldfläche verhindern wollen. Das UVEK hat die Anhörung zur revidierten Waldverordnung eröffnet. Sie dauert bis am 10. Dezember 2012.
www.uvek.admin.ch

Bundesrat verabschiedet Zweitwohnungsverordnung

Mit der Annahme der Zweitwohnungsinitiative hat sich das Schweizer Volk für eine Beschränkung des Zweitwohnungsbaus ausgesprochen. Das bedingt verschiedene rechtliche Anpassungen. Um die drängendsten Fragen zu klären, hat der Bundesrat im August eine Verordnung verabschiedet und diese auf den 1. Januar 2013 in Kraft gesetzt. Sie regelt den Bau neuer Zweitwohnungen sowie den Umgang mit Wohnungen, die bereits vor dem Urnengang bestanden.
www.uvek.admin.ch

Verkehr mit Tieren und Pflanzen geschützter Arten (VCITES)

Das Parlament hat am 16. März 2012 das Bundesgesetz über den Verkehr mit Tieren und Pflanzen geschützter Arten (BGCITES) verabschiedet. Das BGCITES setzt in erster Linie das Übereinkommen über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten frei lebender Tiere und Pflanzen um. Mit den Ausführungsverordnungen VCITES und der CITES-Kontrollverordnung wird das BGCITES umgesetzt. Die im August eröffnete Anhörung dauert bis zum 23. November 2012.
www.bvet.admin.ch

Umsetzung Kulturlandinitiative

Am 17. Juni 2012 haben die Stimmbürgerinnen und -bürger des Kantons Zürich die Kulturlandinitiative mit 54,5 Prozent Ja-Stimmen angenommen. Die Baudirektion hat das weitere Vorgehen festgelegt. In diesem Zusammenhang weist die Baudirektion die Gemeinden an, ab sofort alle Verfahren für planungsrechtliche Festlegungen zu sistieren, mit welchen neue Bauzonen geschaffen werden sollen. Dadurch wird verhindert, dass Gebiete, die heute nicht einer Bauzone zugeteilt sind, in eine solche überführt werden. Dabei spielt es keine Rolle, welcher Nutzungs-

eignungsklasse die Flächen angehören. Die Weisung hat bis zum rechtskräftigen Beschluss des Kantonsrats über die Umsetzungsvorlage Gültigkeit. Im Weiteren hat die Baudirektion das Amt für Raumentwicklung beauftragt, Genehmigungsverfahren zur Schaffung von Bauzonen zu sistieren.

Medienmitteilung der Baudirektion

Kantonales Geoinformationsgesetz: Inkraftsetzung per 1. November 2012 Geodaten leicht zugänglich machen

Der Regierungsrat hat die Inkraftsetzung des kantonalen Geoinformationsgesetzes (KGeolG) per 1. November 2012 beschlossen. Zusammen mit dem Bundesgesetz über Geoinformation soll das kantonale Gesetz den Bereich der Geoinformation nach einheitlichen Gesichtspunkten umfassend regeln. Das neue Geoinformationsrecht schafft eine umfassende gesetzliche Grundlage für die Erhebung, Nachführung, Verwaltung und Nutzung von Geodaten. Im Zentrum stehen die Festlegung der technischen Anforderungen an die Daten, die Sicherstellung des Datenschutzes und die Regelung der Zuständigkeiten. Zudem soll das Potenzial ausgeschöpft werden, das Geodaten für Verwaltung, Wirtschaft, Gesellschaft, Wissenschaft und Politik haben. Die Geodaten sollen sämtlichen Benutzern aktuell, rasch und leicht zugänglich zur Verfügung stehen.

www.are.zh.ch

Strengere Effizienzkriterien für Neuwagen ab 1. Januar 2013

Das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK verschärft die Energieeffizienz-Kategorien der Energieetikette für Personwagen. Die Anpassung erfolgt im Rahmen der gemäss Energieverordnung vorgeschriebenen jährlichen Überprüfung. Durch die Verschärfung wird garantiert, dass erneut nur ein Siebtel aller Neuwagenmodelle in die beste Effizienz-Kategorie A fällt. Die neuen Kategorien gelten ab 1. August 2012 mit einer Übergangsfrist bis Ende 2012.

www.uvek.admin.ch

Schweiz tritt EUROBATS-Abkommen bei

Die Schweiz tritt dem Regionalabkommen zur Erhaltung der europäischen Fledermauspopulationen EUROBATS bei. Im September 2012 hat der Bundesrat einen entsprechenden Antrag gutgeheissen. Aufgrund ihrer Lage im Zentrum Europas kann die Schweiz massgebend zu einem koordi-

Verbreitete Irrtümer

«Das An- und Ausschalten von Sparlampen braucht mehr Energie, als sie sparen, Irrtum!»

Die Behauptung hält sich seit Jahren hartnäckig und verunsichert die Konsumenten. Wahr ist, dass zum Zünden des Leuchtmittels das Vorschaltgerät eine kurzfristige Spannungsspitze im Millisekundenbereich erzeugt. Diese Spitze hat einen sehr geringen Energieinhalt im Milliwattsekundenbereich. Eine zweite Behauptung, dass das häufige Ein- und Ausschalten die Sparlampe so stark schädigt, dass sie sehr schnell zerstört wird, trifft auch nur bedingt zu: Sind Billiglampen mit konventionellen Vorschaltgeräten ausgestattet, kann es sein, dass die Lebensdauer wesentlich verkürzt wird. Jedoch sind heutige Sparlampen mit elektronischen Vorschaltgeräten ausgerüstet, welche eben diese Spannungsspitze begrenzen und damit die Lebensdauer verlängern. Grundsätzlich ist dann die Häufigkeit des Schaltens für die Lebensdauer vernachlässigbar. Für die neue LED-Technologie ist die Schalzhäufigkeit bedeutungslos. Hingegen ist die Lebensdauer von konventionellen Glühlampen stark von der Schalzhäufigkeit abhängig, da bei jedem Einschaltvorgang aus dem Glühwandel kleinste Partikel herausgesprengt werden und dadurch der Wendel immer dünner wird, bis er bricht.

nierten Schutz dieser fliegenden Säuger beitragen. Das EUROBATS-Abkommen bezweckt den Schutz aller 52 in Europa vorkommenden Fledermausarten und die Förderung der internationalen Zusammenarbeit. Es handelt sich dabei um ein Regionalabkommen der Bonner Konvention zur Erhaltung der wandernden wildlebenden Tierarten.

www.uvek.admin.ch

VOC-Lenkungsabgabe: Bundesrat führt Befreiung für Unternehmen weiter

Die Verordnung über die Lenkungsabgabe auf flüchtigen organischen Verbindungen (VOCV) enthält für Unternehmen eine Befreiungsmöglichkeit, die per Ende 2012 ausläuft. Der Bundesrat hat am 27. Juni 2012 beschlossen, diese Befreiungsmöglichkeit unbefristet weiterzuführen und sie an zusätzliche Anforderungen zu knüpfen.
www.uvek.admin.ch